**Rede zum Antrag „Klimanotstand“ im Gemeinderat von Rheinfelden (Baden) am 27.2.2020**

Heiner Lohmann, Fraktion Grüne

Sehr geehrter…

Bitte lassen Sie mich zunächst aus aktuellem Anlass einen Stoßseufzer ausstoßen über eine Bundesangelegenheit, die mir und allen Umwelt-Engagierten zu schaffen macht:

Die weltweiten Klima- und Umweltkrisen wie das Artensterben sind in der öffentlichen Wahrnehmung angekommen. Die ersten Auswirkungen sind spürbar. Vielen Menschen wird klar: Ein „Weiter so“ ist kein Mittel, um den Krisen unserer Zeit zu begegnen. Die Politik müsste jetzt umfassend handeln. Doch statt die Probleme mutig anzupacken, windet sich die Bundesregierung mit unzureichenden Maßnahmen aus ihrer Verantwortung. Die Koalition plant einen verheerenden Eingriff in die Klagerechte von Umweltverbänden. Mit dem „Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz“, das aktuell im Bundestag beraten wird, will Verkehrsminister Andreas Scheuer die Klagemöglichkeiten der Umweltverbände mit Hilfe von Maßnahmengesetzen komplett aushebeln. Klar ist: Scheuer will damit Kritik im Keim ersticken. Dabei braucht Klimaschutz mehr statt weniger Bürgermitsprache. Das wollen wir hier in Rheinfelden über unser Klimapaket ja auch praktizieren.

Dieser dreiste Vorstoß von Scheuer erweist sich bei genauerem Hinsehen als inhaltlich gänzlich unsinnig: Das Gesetz hebelt Fachwissen, Expertise und Sachverstand einfach aus und schneidet den Rechtsweg ab. Statt wie bisher die Fachbehörden soll zukünftig der Bundestag über das ob und wie von Einzelprojekten entscheiden. Statt von neutraler Stelle sollen Entscheidungen künftig entsprechend der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag getroffen werden. Behördenentscheidungen sind dagegen Verwaltungsakte und gerichtlich überprüfbar. Das ist gerade bei so komplexen Planungen wie Infrastrukturprojekten extrem wichtig, denn Fehler passieren hierbei häufiger. Deshalb sind die Klagen der Umweltverbände auch überdurchschnittlich erfolgreich. Ich frage die SPD, ob sie als Koalitionspartner diesen Schlag gegen die Umweltverbände tatsächlich unterstützen will.

M.D.u.H.,

Alle reden über die Klimakrise, aber kaum einer versteht sie. Über ihre Ursachen und wie unsere Zukunft aussieht.

Wir stecken mitten drin in einer der größten Krisen der Menschheit. Und das ist der Grund dafür: ein winzig kleines Molekül.

Kohlendioxid. Ein Gas, dessen Vorkommen in der Erdatmosphäre verschwindend gering ist. Aber seine Wirkung ist gewaltig.

Seit einem Jahr wird verstärkt über den Klimawandel geredet, viel mehr als in all den Jahren zuvor, obwohl die Prozesse und Gefahren seit mehr als 30 Jahren bekannt sind. Der Unterschied ist, dass die Folgen sich nicht mehr verdrängen lassen. Nicht nur wegen Greta Thunberg und Fridays for Future. Nicht nur wegen der erschreckenden Sonderberichte des Weltklimarats IPCC zum 1,5-Grad-Szenario, zu den Landsystemen und zu den Ozeanen oder wegen des Berichts des Weltbiodiversitätsrats zum Artensterben.

Die Klimakrise ist, nun auch für Menschen im globalen Norden, im Wortsinn spürbar geworden. Stürme, Starkregen, Dürren, Hitze. Das Klima hat sich bereits deutlich erwärmt. Der Klimawandel beginnt nicht gerade erst - wir sind, lange schon, mitten drin. Die Erde ist heute um etwa ein Grad wärmer als vor 150 Jahren.

Warum ist der Prozess der Anreicherung von CO2 so gefährlich für die gesamte Menschheit? Es ist so außerordentlich stabil. Ein CO2-Molekül hat eine durchschnittliche Lebensdauer von 1.000 Jahren. Das bedeutet: Alles CO2 seit der industriellen Revolution ist heute noch in der Atmosphäre vorhanden und wird erst in 800 Jahren beginnen, sich abzubauen. Können Sie sich das überhaupt richtig vorstellen? Alles, was wir weiter emittieren, packen wir zu dem bereits Vorhandenen immer noch hinzu. Wenn wir also im Jahr 20150 auf 2 Grad Erwärmung stehenbleiben – was angesichts der realen Entwicklung unwahrscheinlich ist – so wird diese Erwärmung 1000 Jahre lang bestehen bleiben, ohne dass wir dies ändern könnten.

Im Zusammenhang mit klimarelevanten Werten fällt Rheinfelden durch einige Extreme auf: Im Zeitraum 2001 bis 2018 hat sich die Durchschnittstemperatur in Rheinfelden um 1,3 Grad erhöht, im Vergleich zur Normalperiode 1961-1990. Gleichzeitig steht unsere Stadt mit 22,1 Hitzetagen an dritter Stelle der hitzigsten Städte bundesweit. Jede weitere Temperaturzunahme infolge der globalen CO2-Erhöhung, aber auch z.B. durch das Abriegeln wichtiger lokaler Kaltluftströme, bedeutet eine gegenüber anderen Städten unvergleichbar höhere Belastung unserer Einwohner. Bitte bedenken Sie, dass das Ziel der Pariser Konvention eine Erhöhung der Erderwärmung um nicht mehr als 1,5 Grad ist. Vielleicht leuchtet jetzt dem einen oder anderen ein, warum wir Grüne und die SPD sogar in lokaler Hinsicht mit Fug und Recht einen Klimanotstand in Rheinfelden ausrufen könnten. Aber wir verzichten darauf, weil wir eine für (fast) alle tragbare Kompromissformel gefunden haben, die lautet: „Der Gemeinderat der Stadt Rheinfelden akzeptiert, dass das Europäische Parlament den Klimanotstand mit Gültigkeit für die gesamte EU ausgerufen hat.“

Dieser Kompromiss ist weit wichtiger als das parteipolitische Beharren auf Formulierungen. Es zeigt, dass der Gemeinderat der Öffentlichkeit demonstriert: „Wir wollen die strategischen Ziele hin zur Klimaneutralität gemeinsam anstreben und den langen Weg dahin als einen Prozess gemeinsam gestalten.“

Rheinfelden leidet aber nicht nur überdimensional unter der Erderwärmung, es trägt auch in besonderem Maße dazu bei. Hier die Statistik: Der Endenergieverbrauch pro Beschäftigten beträgt in der Industrie Rheinfeldens 486.340 kwH. Dazu der Vergleich in Baden-Württemberg: 49.800 kwH. Der Industriebeschäftigte in Rheinfelden verbraucht also das Zehnfache an Energie im Vergleich zum entsprechenden Beschäftigten im Land. Das wirkt sich auch auf den Endenergieverbrauch pro Einwohner in unserer Stadt aus: er beträgt 39.500 kwH und ist damit doppelt so hoch wie der des Landes (2013) mit 19.500 kwH. Dieser Einfluss der Industrie auf die Rheinfelder CO2-Gesamtemission bedeutet schließlich, dass die lokalen Treibhausgasemissionen zwischen 2009 und 2015 um 7% zugenommen haben. Neuere Zahlen liegen leider noch nicht vor. Wir GRÜNE werden demnächst mit den industriellen Großemittenten konstruktive Gespräche führen, um zu erfahren, welche Anstrengungen – z.B. weg vom Gas als Energieträger – von dort unternommen werden.

M.D.u.H.,

wir machen uns mit diesem Beschluss auf den Weg. Gemeinsam. Als das Organ Gemeinderat. Wir demonstrieren durch unsere Einmütigkeit, dass wir unseren Beitrag zum Erhalt unserer Zukunft beisteuern werden, soweit dies unsere finanziellen Ressourcen nicht überfordert. Ich glaube, dass dies einer der bedeutendsten Beschlüsse seit langem ist. Er wirkt auf Jahrzehnte.

Ich danke Ihnen dafür.